

Saale-Zeitung.

Gründungsblätter Jahrgang.

Anzeigen werden die 6 geraperten Seiten...
Erdenm. täglich monatl.
Sonntag und Montag extra.

Redaktion und Druck-Verlagshaus
Halle a. S. Braunschweigstr. 17.
Telegraphische Anstalt Nr. 24.

Bezugspreis
Die Halle...
Bestellungen werden von allen Reichspostämtern...
Für anverlangt eingehende Manuskripte...
Bestellungen bei Redaktion Nr. 1140...

Nr. 511.

Halle a. S., Dienstag, den 31. Oktober.

1911.

Die Jatho-Audienz der Generalsynode.

Gegen den Willen des Kaisers „lanziert“.

Von einer hochachtbaren Persönlichkeit, die herulische Beziehungen zum preussischen Hofe hat und über die dazigen Vorgänge und Stimmungen aufs genaueste unterrichtet ist, höre ich, daß die Verfügungen des Kaisers über den Fall Jatho zu dem Vorstand der Brandenburgischen Generalsynode gegen den Willen des Kaisers veröffentlicht wurden. Der Kaiser wollte als König von Preußen und höchster Bischof (summus episcopus) der evangelischen Landeskirche die Herren über ihren mannigfachen Bedruff anlässlich des Kampfes um Jatho trösten, er wollte aber keineswegs in solcher Kürze und Prägnanz eine verurteilende Ansicht über die Persönlichkeit Jathos und über die Jatho-Bewegung fassen. Die Veröffentlichung berührt am preussischen Hofe umso peinlicher, als das eine weltliche Mitglied des in Audienz empfangenen Vorstandes der Generalsynode, Graf Bernd v. Arnim-Boitzenburg, hinter den politischen Rücken immer wieder in Verbindung mit einer eventuellen künftigen Reichsfinanzreform genannt wird. Graf Arnim-Boitzenburg auf Schloß Boitzenburg, Herr auf Kleinow mit Neu-Kleinow und Falkenwade, Fideikommissherr auf Zichow ist Erbassmeißter der Kurmark Brandenburg und ein persönlicher langjähriger Freund des Kaisers. Im diesjährigen Selbstmörder wurde bekanntlich der udermächtige Granden des Grafen als Quartier des Kaisers eingerichtet. Ein Vorfall des Grafen war der im dreißigjährigen Kriege kämpfende General Hans Georg Arnim, der wegen seiner Kückernheit der lutherische Kapuziner genannt wurde.

Das „Jatho-Urteil“ des Kaisers, so fuhr mein Gewährsmann fort, ist leider wieder geeignet, ein falsches Licht auf die Person und den Charakter des Monarchen zu werfen. Es ist lanziert von politisch und diplomatisch nicht gekulten Leuten, wenn auch in wohlmeinender Absicht. Lanziert zum Zwecke einer kirchenpolitischen Propaganda, die nur schädlich wirken kann und durchaus nicht im Sinne des Kaisers liegt. Jede Äußerung des Kaisers, jede Diskussion über theologische Dinge, ja jede Schiffsprödigkeit — der Kaiser hat niemals selbst eine Schiffsprödigkeit verfaßt; die von ihm verlesenen Predigten stammen aus der Feder des Berliner Militär-Oberpfarrers und Garnisonpredigers G. Goens — wird in die Öffentlichkeit getragen, um „religiös“ zu wirken und um die Identität von preussischem Thron und protestantischem Altar zu betonen. Der Kaiser will das nicht. Es wird entweder ohne sein Wissen gemacht oder man provoziert bei ihm unter Hervorhebung irgend welcher anderer Gesichtspunkte eine mündliche oder schriftliche Äußerung, die dann propagandistisch verwertet wird. Wir haben in der Lanzierung der Jatho-Äußerungen des Kaisers eine ähnlliche Taktik vor uns wie in der Babel-Bibel-Affäre. Damals, im Jahre 1903, wurde in den „Grenzboten“ bekanntlich ein Brief des Kaisers an Admiral a. D. Hollmann veröffentlicht, in dem auf das lebhafteste gegen die Bibelkritik des theologischen Professors Dr. Friedrich Delblich anlässlich seines Vortrages über baplonische Altertumsfunde polemisiert wurde. Jener Brief war nicht nur lanziert von jenen Kreisen, die wir meinen, er war auch, wie man allgemein weiß und wie niemand wird bestreiten können, von Oberhofprediger D. Dyanard, sagen wir einmal: „beeinflusst“. Theologische Aphorismen, wie sie sich im Gespräch mit dem Kaiser (und der Kaiserin) nach dem Vortrag des Professors Delblich ergeben hatten, waren in dem Brief in einer Weise lanziert und fagettelt, daß die Beurziehung weiter Kreise, die anderer Meinung sind, nicht ausbleiben konnte. Der Kaiser hat auch damals die öffentliche „Verwertung“ im Grunde nicht gemollt. Wenn auch unter dem Briefe das berühmte Postskriptum stand: „Sie können von diesen Zeilen den ausgiebigsten Gebrauch machen; wer will, kann sie lesen“, so wiesen Eingeweihte sehr wohl, was sie von jenem P. S. zu halten hatten, um den guten Willen des Kaisers von den agitatorischen Absichten anderer Leute zu unterscheiden.

Die bedauerliche Wirkung solcher lanzierter Kaiserworte, so schloß mein Gewährsmann seine Mitteilungen, ist die unangenehme und unrichtige Beurteilung Kaiser Wilhelms II. in der zeitgenössischen Kritik. Dafür zwei sehr interessante Beispiele: Der bedeutende große Gelehrte, der auf dem der kirchlichen Lehre extrem entgegengesetzten Flügel der Weltanschauung steht, Ernst Haackel, äußerte vor einem Jahre in Weimar: „Wir dürfen nicht verzeihen, welche außerordentlichen Nachteile der Fortschritt des freien Gedankens und der einheitlichen Naturerkenntnis durch die einflussreiche Person unseres niebewunderten Kaisers erleidet. Ich bin weit entfernt, dessen außerordentliche Talente und vielseitigen Kenntnisse zu verkennen. Allein die persönliche religiöse Überzeugung des Kaisers ist spezifisch dogmatisch und die scharfe Betonung orthodoxen Christentums muß viele Kreise absprechen, eine gegenteilige Meinung zu äußern“. Und der als Fußkitt bekannte sächsische

Professor Charles Sarolea, der an der Universität Genua in Frankreich lehrte, veröffentlichte vorigen Monat in der „Contemporary Review“ einen Aufsatz über Wilhelm II., worin er u. a. ausführt, der Kaiser treibe „Politik auf der Grundlage der Heiligen Schrift“, um mit Bouffet zu reden; hier ließe die Quelle seiner Kraft, von hier aus oeffnete man aber auch seine Entsetzungen; von diesem Gesichtspunkte aus müßten dem Kaiser Agitation und Opposition wie etwas unchristliches, unmodernes erscheinen. Gegenüber solcher Kritik (ich gehe hier immer noch Äußerungen meines Gewährsmannes wieder) müßten wir erklären: Das Charakterbild des Kaisers wird dadurch verzerrt. Schuld daran ist aber nicht der Kaiser, sondern andere Leute, die etwas zurückhaltender in ihren Pressinformationen sein sollten.

Abgeordneter v. Heydebrand über die politische Lage.

S. u. H. Breslau, 29. Okt. 1911.

Unter ungeheurer Beteiligung aus Stadt und Land trat heute hier im großen Saale des Konzerthauses der Parteitag der Konservativen Soldeuten zusammen, für den seit geraumer Zeit eine lebhafteste Propaganda in konservativen Kreisen entfaltet worden war. Der Vorkühende des konservativen Vereins für Schlesien, Graf Harzsch, eröffnete die Versammlung mit einer Begrüßung der Erschienenen. Nach einem Vortrage des Abgeordneten Waldermeisters Hammer (Zehendorf) über „Mittelstandsfragen und wahre Mittelstandspolitik“ ergriff der konservative Parteiführer, Abgeordneter v. Heydebrand die Redewort. Bei den bevorstehenden Wahlen kämpfen handelt es sich nicht nur um das Geschick der konservativen Partei, sondern auch um das Wohl und Wehe unseres Vaterlandes. Unsere Sache ist gut und gerecht. Mit Fleiß und Nachdruck müssen wir aber jetzt arbeiten, denn die gegenwärtige Richtung der Parteien konnte nur geschehen, weil wir nicht immer auf dem Boden waren. Es ist die höchste Zeit, daß wir uns dagegen wehren. Alle Begeisterung nützt nichts, wenn wir das Gilt nicht befehlen. Welche Klopffloßigkeit herrsche bei der Reichsfinanzreform in den Reihen unserer Gegner, und wie tiefen sie jetzt nach zwei Jahren geschlossen uns gegenüber. Mühte das so kommen? Und des Vaterlandes willen, das zum Glück der Welt wurde, mußten wir die Reichsfinanzreform schaffen. Die liberalen Parteien stehen die Zeit ungenügend zurück. War es von uns ein Verbrechen, das wir uns wehrten, unter einer liberalen Regierung zu kommen? Wir haben gewiß nichts tadelloß gemacht, davon ist keine Rede, aber es fehlten die Leute, die es besser machen, und geschehen müßte etwas. Die Stunde zur Ueberbrückung der Gegensätze ist jetzt vorbei, es geht aufs Ganze. Wenn wir jetzt noch Konzessionen machen, würden wir keinen treuen Freund mehr finden, viele aber feig machen. Wir müssen durch, und können nur die Hoffnung hegen, daß nach dieser Krisis ein Zeitpunkt kommt, da alle sich auf das gemeinsame Vaterland besinnen und zu einem Geschick zusammenstreben. Das wird auch nur kommen, und wir konservativen, die wir nur mit ankämpfenden Waffen kämpfen, werden Anerkennung ernten. — Der Redner ging dann zur auswärtigen Politik über und betonte, daß hier die größte Zurückhaltung notwendig sei. Bittere Gefühle befehlen uns deutsche Patrioten, daß wir erleben müssen, was mit unserem Ansehen in der Welt geworden ist, und die Entwicklung der Streitfrage in Afrika ist nicht dazu angetan, daß wir zufrieden sein können. Frankreichs Ansehen dagegen ist gestiegen. Wir haben wohl etwas erlangt, unsere Interessen sind uns garantiert, aber wie lange, das ist eine Frage der Zukunft, eine Nachfrage. Wer trägt die Schuld an diesem unerfreulichen Zustande? Viele, auch konservative Kreise schieben die Hauptschuld dem Fürsten Wilko zu. Es widerspricht mir, die Politik eines Mannes, der sich nicht mehr verteidigen kann, zu kritisieren. Wenn aber bereits früher die Gelegenheit der Verhandlung geboten und diese nicht benutzt wurde, so ist das ein schwerer Fehler gewesen. Eine aktive Politik ist vielleicht gefährlich, aber in jedem Falle achtunggebietend und wahrscheinlich auch erfolgreich. Die Lage der gegenwärtigen Regierung ist äußerst schwierig. Sie soll unsere Verhältnisse regeln, aber nicht zum Scherz erziehen. Mit Jubel begrüßte man die Entscheidung des Reichstages, die aber den bitteren Nachgeschmack hatte, daß die Aktion den Anlaß gab zu der grandiosen Unverschämtheit, mit der englische Minister uns entgegenzutreten. Das ist furchtbar hart und schwer für eine Nation, die 1870/71 hinter sich hat. Die Regierung ist in einer schwierigen Situation, und wir haben alle die patriotische Pflicht, treu zu ihr zu stehen und die Regierung nicht vor dem Auslande herunterzureißen. Wir haben in keinem Stadium der Regierung einen Zweifel gelassen, daß die konservative Partei wie ein Mann hinter ihr steht. An diesem Gelübnis wollen wir festhalten. Sie haben gesehen, in welch erweiter Zeit wir leben. Wenn etwas klar zutage liegt, so ist es, daß eine große, feste, harte und einige konservative Partei nicht nötig war, als gegenwärtig. Die konservative Partei wird stehen wie ein Fels in der roten Flut, wie eine Barre von Eisen zum Schutze des Mittelstandes. (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Nach einstündiger Diskussion gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, in der die Reichsfinanzreform als konservative Tat verherrlicht und betont wird, daß die Konservativen entschlossen sind, den Sieg im Reichstagswahlkampf an ihre Fahnen zu fesseln. Darauf wurde der Parteitag vom Vorsitzenden für geschlossen erklärt.

Deutsches Reich.

Der Reichskanzler dementiert.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ veröffentlicht in ihrer neuesten Nummer an der Spitze des Blattes folgende offizielle Auslassung: „Nach einer Mitteilung der „Frankfurter Zeitung“ vom 26. Oktober soll eine „Anweisung an die Landräte“ ergangen sein, worin diese „zur nachhaltigen Orientierung über schwerwiegende Angriffe gegen die Regierung in der Presse oder in Flugblättern, die auf die Reichstagswahlen einwirken könnten, aufgefordert werden, damit darauf sachtliche Erwidrerungen gegeben werden können. Die Landräte sollen auch gleich Vorschläge über die Art der Erwidrerung und Ausfüllung machen, ob durch Berichtigung in der Presse oder Flugblätter, eventuell Unterbringung von Volkstafeln usw. Gleichzeitig soll die Höhe der erforderlichen Aufträge der Erwidrerungen angegeben werden.“ In einem Artikel vom 27. D. spricht genannte Zeitung von einer „an die Landräte ergangenen ministeriellen Anweisung.“

Nach den Darstellungen eines Teiles der Presse soll dieser Erlaß nichts weniger bedeuten, als eine „Anweisung zur Maßbeeinflussung, eine Mobilmachung der Behörden, insbesondere der Landräte, zugunsten der agrarischen, reaktionären Parteien, des schwarzblauen Blochs, des ostelbischen Junkertums“. Das „Berliner Tageblatt“ und mit ihm eine Reihe anderer Zeitungen fügt noch hinzu, daß in dem Erlaße auch die „Angabe der Kosten der betreffenden Erwidrerungen verlangt und den Landräten der Rat gegeben würde, sich die Flugblätter der Parteien auf vertraulichem Wege zu beschaffen. Damit sei einer bedenklichen Korruption Tür und Tor geöffnet.“

Demgegenüber stellen wir fest, daß der Minister des Innern lediglich die Regierungspräsidenten, und zwar bereits am 12. September d. Js. erucht hat, ihm über „die in der Provinz gegen die Politik der Staatsregierung gerichteten, auf wirtschaftlich oder angelegentliches Tatfachen- oder Zahlenmaterial gestützten Angriffe schwerwiegender Natur, welche die kommenden Reichstagswahlen zu beeinflussen vermögen“, Bericht zu erstatten, um so eventuell Gelegenheit zu haben, „in sachtlicher Form“ gehaltene Erwidrerungen zu veranlassen.

Von einem Erlaßchen um „Angabe der Kosten der betreffenden Erwidrerungen sowie von einem Rat an die Landräte, sich die Flugblätter der Parteien auf vertraulichem Wege zu beschaffen“, enthält der Erlaß kein Wort. Wie man der Regierung wegen dieses Erlasses ein unzulässiges Eingreifen in die Reichstagswahlen zugunsten bestimmter Parteien vorwerfen kann, ist unverständlich. Es ist nicht nur ein gutes Recht der Regierung, die auf unrichtigen Tatsachen- oder Zahlenmaterial gestützten Angriffe gegen ihre Politik sachtlich zurückzuweisen, sondern, sobald solche Angriffe nach Art und Inhalt dies erforderlich machen, ihre Pflicht.“ Das Dementi wirkt wenig überzeugend. In der Praxis wird sich das sachtliche Zurückweisen, wie es die Staatsregierung als ihr gutes Recht, ja als ihre Pflicht reklamiert, einfach als nach Maßbeeinflussung darstellen. Dafür werden die Landräte und ihre Beauftragten sorgen, die sich bei Wahlen die Mühen der Regierung in eigener Weise auszuliegen gewohnt sind.

Ein Kaiser-Gruß nach Lippe.

Ein Kaiser-Telegramm nach Lippe hat 1898 großes Aufsehen erregt. Auf einen ganz andern Ton ist ein Schreiben gestimmt, das der Kaiser an den Fürsten Leopold gerichtet hat:

Leopold, 30. Okt. An den Fürsten Leopold von Lippe hat der Kaiser das nachstehende Handschreiben gerichtet: Es gereicht mir zur besonderen Freude, Eure Durchlaucht benachrichtigen zu können, daß ich das 3. Bataillon Infanterie-Regiments Graf Bilow von Demmich, das in Eurer Durchlaucht seinen erhabenen Chef verehrt, zum Träger der Ueberlieferung des ehemaligen Füßliercavalieris Lippe bestimmt und dessen Einsetzungstag auf den 20. Juni 1897 festgesetzt habe. Eurer Durchlaucht mit geäußertem Wunsch entsprechen zu können, der mit eine um so größere Genugung gewährt, als ich dadurch die erwünschte Gelegenheit gefunden habe, die Erinnerung an die für die lippschen Truppen zum Wohl bestandenen Kämpfe, insbesondere an die Singsänge und Tapferkeit, die sie in dem Mannschloß des Jahres 1866 bewiesen haben, zu beleben und in meinem Heere für alle Zeit wach zu halten. Ich benutze diesen Anlaß, um die Versicherung der freundschaftlichen Erinnerung zu erneuern, womit ich verbleibe Eurer Durchlaucht freundschaftlicher Vetter. Wilhelm R.

Ein Landratsidyll findet sich in der „Worpsweder Zeitung“ vom 24. Oktober: „Sehr erlaucht waren am gestrigen Sonntag die Jagdquäse des hier um 9,39 abends nach Bremerörde abfahren.“

den Zuges: derselbe wurde von Neu-St. Jürgen wieder hierher zurückgebracht. Und warum? Der königliche Landrat in Bremerörbe war nach Altkönig zu Besuch. Als dieser Herr hier abends um Altkönig ankommt, ist der obige Zug bereits abgedampft. Kurz entschlossen läßt der Herr Landrat den Zug von Neu-St. Jürgen zurückkommen und sich abholen!

Die „Worspender Zeitung“ knüpft daran die Frage: „Wer meint der Herr eigentlich, wer er ist und was denkt der Herr sich bei der Sache?“ Unseres Erachtens empfiehlt sich ein Landrat, der einen Eisenbahngang rüdwärts dirigiert, als geborener Anwärter auf den Ministerpräsidentenposten in Preußen. Wie einmal das Staatsgeschick rüdwärts lenken soll, muß beiseiten seinen Befähigungsnaehweis erbringen.

Schule.

Amstlicher Nachweisung zufolge betrug die Zahl der Zöglinge der preussischen staatlichen Lehrerseminare am 1. Mai 1911 insgesamt 16 923, wovon 10 997 evangelisch und 5926 katholisch waren. Der Besuch der Präparandenanstalten belief sich auf 22 003, wovon 14 087 evangelisch und 7316 katholisch waren.

In den staatlichen und nicht staatlichen Volksschullehrerseminaren und außerordentlichen Kursen zur Ausbildung von Volksschullehrerinnen waren zum gleichen Zeitpunkte 4211 Zöglinge, und zwar 1639 evangelische, 2572 katholische, in den Präparandenanstalten 3078, davon 936 evangelische und 2142 katholische.

In den außerordentlichen Nebenkursen bei den Lehrerseminaren wurden 994, davon 418 evangelische und 576 katholische, in den außerordentlichen Präparandenkursen 1864, davon 920 evangelische und 944 katholische Zöglinge unterrichtet. Es muß auffallen, daß sowohl in den Volksschullehrerseminaren und Präparandenanstalten, wie in allen außerordentlichen Kursen die Zahl der katholischen Zöglinge überwiegt.

Kleine vermischte Nachrichten.

Montag mittag wurden in Düsseldorf die von der Stadt und Handelskammer ins Leben gerufenen atademischen Kurse für kommunale Verwaltung und Fortbildung durch einen Feiertag in der Tonhalle eröffnet. Ansprachen, in denen die hohe Bedeutung der neuen Einrichtung hervorgehoben wurde, hielt der Studienleiter der Kurse Professor Stier-Gomle, Oberbürgermeister Dohler und Beigeordneter Dr. Wolf.

Der Präsident der Anstellungskommission Dr. Gramsch in Posen wurde von der philosophischen Fakultät der Universität Freiburg wegen seiner Verdienste um die Anstellungspolitik zum Ehren doktor ernannt.

Der Tabakstreik in Hamburg. Die Tabakarbeiter Hamburgs, Altonas und Umgegend, sind am Montag in den Streik eingetreten, um ihre Sympathie mit den ausgesperrten Tabakarbeitern in Westfalen zu bekunden. — Auch die Bremer Tabakarbeiter sind zugunsten der Arbeiter in Westfalen und Lippe in den Sympathiestreik getreten. Die Zahl der Streikenden beträgt im ganzen etwa 1000. — In einer zahlreich besuchten Versammlung von Arbeitern der Heilungsbränne wurde beschlossen, am 1. November in den Ausstand zu treten. Es kommen hierbei etwa 600 Personen in Frage.

Ausland.

Die Italiener in Defensive.

Zum Tripolisoffensiv.

st. Wenn man in Erwägung zieht, daß der Rückzug der Italiener aus ihrer vorderen Verteidigungslinie nunmehr von amtlicher Seite offen zugegeben wird, und die südlich von Tripolis gelegene Oase den türkischen Truppen ausgeliefert haben, so entsteht ein Gefühl, das für Italiens Kriegsglück durchaus nicht günstig spricht. Dieser Eindruck wird verstärkt durch die von der italienischen Regierung herausgegebene

Verlust-Liste.

Es wird berichtet: Der Oberkommandant des tripolitanischen Operationskorps teilt telegraphisch die Verluste mit, welche die unter seinem Kommando stehenden Streitkräfte vom 23. bis einschließlich vom 26. Oktober in den Kämpfen vor Tripolis erlitten haben. Demnach sind 13 Offiziere und 369 Mann getötet, 16 Offiziere und 142 Mann verwundet worden. Der Kriegsminister behauptet sich vor, die Namen folgen zu lassen. Das Mißverhältnis zwischen der Zahl der Toten und Verwundeten ist aus der Tatsache zu erklären, daß einige Abteilungen, darunter das 11. Bergartillerieregiment, aus allernächster Nähe angegriffen worden sind. Die Wunden in den verschiedenen Seeresabteilungen vor Tripolis sind übrigens bereits ergänzt worden.

Die türkische Presse jubelt über die Erfolge bei Tripolis. „Sabah“ rühmt die

große Kraft des Ottomantums.

nämlich die Truppen der Araber gegenüber dem Kalifat. In Konstantinopel herrscht die Meinung vor, daß die Italiener sich bereits ausschließen auf die Verteidigung der eigentlichen Stadt Tripolis beschränken. Ihre Unterstützung durch die Kriegsgelände wird durch solche Seite betrieblig erschwert, daß sie fast illusorisch geworden ist. Man hört sogar behaupten, die Türken hätten Tripolis zurückerobert und den General Canova gefangen genommen. Der Gouverneur von Tripolis, Bekir Sami Bey, machte bekannt, daß jetzt fast

30000 Araber vor Tripolis

sünden. In der gesamten Provinz seien etwa 100 000 Araber als Freiwillige mobilisiert. Auch er hatte von sehr günstigen Nachrichten gehört, kannte aber keine Details. Da die Augenblicksicht auf der tripolitanischen Küste sehr düsterlich sei, erklärte er, griffen die Türken gleichzeitig die Italiener in Tripolis, Soms, Bengasi und Derna an.

Bestere Nachrichten aus Konstantinopel teilen mit, daß die italienische Regierung sich bei der englischen darüber beschwert hat, daß über die ägyptische Grenze fortgesetzt Offiziere, arabische Krieger, Waffen und Munition nach Tripolis gelangt. England erklärte, es könne nicht verhindern, daß Offiziere einreisen und in Zivil die Grenze passieren. Nach privaten Berichten sollen türkische Offiziere sogar Maschinengewehre demontiert über die

Grenze gebracht haben. Im Ort Dagher, zwei Stunden von Tripolis, stehen vierzigtausend arabische Krieger.

In Ergänzung der Berichte über den türkisch-italienischen Krieg werden folgende Telegramme bekanntgegeben:

Chios, 30. Okt. Nach dem „Corriere della Sera“ sind gestern nacht von Rom vierzig Feldgeschütze, Kaliber 75, nach Tripolis abgegangen. Nach derselben Quelle berief der Kriegsminister eine Anzahl Kaiseroffiziere für den Garnisondienst ein zum Ersatz der nach Afrika gelangten Offiziere.

Rom, 30. Okt. Gegenüber den Gerüchten von Vermittlungsversuchen geben politische Kreise noch energischer als zuvor der Abfertigung Ausdruck, daß Italien nur auf Grundlage der Annexion verhandeln könne.

Eine Krise für die Pefinger Regierung.

Meldungen, die allerdings wohl von den Rebellen inspiriert sind, schildern die Lage der Pefinger Regierung als recht ernst, da auch die Truppen im Norden abzufallen drohen und bereits ihre Forderungen formuliert haben. Es wird aus London vom 30. Oktober berichtet:

Nach einem spät Sonntag nacht von Pefing datierten Telegramm des „Kempal Herald“, das im wesentlichen durch Meldungen der „Times“ bestätigt wird, sieht sich der Hof plötzlich von den nördlichen Truppen bedroht, auf die er seine ganze Hoffnung gesetzt hatte. Die dritte und zwanzigste Division sowie die zweite gemischte Brigade, im ganzen angeblich 27 000 Mann, haben sich nicht nur geweigert, gegen die Rebellen zu marschieren, sondern sogar mit einem Angriff auf Pefing selbst gedroht, falls ihre Forderungen nicht sofort bewilligt werden. Die zwanzigste Division sollte von Aufstehen an der großen Mauer auf der Eisenbahn nach Süden abgehen, aber ihr General Schlangentzug hatte sich mit der Pefinger Nationalversammlung in Verbindung gesetzt und weigerte sich, seinen Truppen den Befehl zum Abmarsch zu geben.

In einem Schreiben, das von allen höheren Offizieren der 20. und 3. Division und der gemischten Brigade unterschrieben wurde und von der Nationalversammlung unterstützt wird, werden die Forderungen der Aufständischen folgendermaßen dargelegt:

1. Sofortige Einberufung eines vollen Parlamentes;
2. das Parlament soll volles Recht haben, eine Konstitution anzunehmen.
3. Die Armee und Flotte darf nicht zur Unterdrückung innerer Unruhen verwendet werden, außer mit Zustimmung des Parlamentes.
4. Der Kaiser hat in Zukunft nicht mehr unbeschränkte Gewalt über Leben und Tod seiner Untertanen.
5. Politische Verbrecher sind zu begnadigen.
6. Das Kabinett soll dem Parlament verantwortlich sein und dieses hat den Premierminister zu wählen.
7. Mitglieder des kaiserlichen Hauses sollen keinen Sitz oder Stimme im Kabinett haben.
8. Das Parlament muß seine Zustimmung zu allen Verträgen, allen Ausgaben und Steuern erteilen.
9. Es sollen keine Mitglieder für das Oberhaus ernannt werden, ehe nicht diese Reformen durchgeführt sind.

Weiteres Umsichgreifen der Revolution.

Am Sonntag haben alle Regierungsgebäude in Kanton um 7 1/2 Uhr abends die Flagge des neuen Reiches aufgezogen.

Neue Depeschen aus Kanton besagen, daß die Stadt mit Ausnahme der Mandchuren- und Tatarenstadt umgebenen Wälle in den Händen der Rebellen sei. Die Wälle verteidigenden 4000 Mandchus beginnen mit den Rebellen zu fraternisieren, da Geld und Munition aus Peking noch immer auf sich warten lassen. Die Haupter der revolutionären Bewegung richten herzubühende Auftritte an das Volk. Einstweilen leiden aber Handel und Verkehr sehr stark.

Das Pulver der französischen Armes.

Paris, 30. Okt. Rabinetchef Caillaux hatte am Sonnabend eine längere Unterredung mit dem Kriegsminister und dem Leiter des Pulverdepots im Kriegsministerium, General Gobdit. Der Rabinetchef soll im Laufe der Unterredung den Entschluß ausgeprochen haben, persönlich von den Untersuchungen in Sachen des P-Pulvers Kenntnis zu nehmen. — In gut informierten Kreisen verlautet weiter, der Rabinetchef sei entschlossen, einen energischen Entschluß in dieser Angelegenheit zu fassen. „Echo de Paris“ berichtet, daß im Laufe der Unterredung auch verschiedene andere Persönlichkeiten, die mit der Sache verknüpft sind, verhaftet worden sind. Es soll festgestellt worden sein, daß die Ermordungen auf der „Liberte“ und der „Jena“ auf die Zusammenziehung des P-Pulvers auf diesen Schiffen zurückzuführen ist.

Grenzöffnung zur Viehschlacht.

Paris, 30. Okt. Der Abgeordnete von Lille hat einen Brief an den Veterinärminister gerichtet, in dem er diesen auffordert, die französische Grenze zur Einfuhr holländischen Viehes zu öffnen.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 31. Oktober.

Stadtverordneten-Sitzung.

Am Vorstandstisch die Herren Geheimer Medizinalrat Schmidt-Kimpler, Baumeister Gygis und Kaufmann Wobler.

Eingegangen ist eine Petition der hiesigen Fischgeschäfte (Rid und Genossen), die darum bitten, schleunigst den von der Stadt eingezogenen

Verkauf von Seefischen

einzustellen. Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß der städtische Verkauf von Seefischen im öffentlichen Interesse eingerichtet sei, und das öffentliche Interesse müsse hier dem privaten Interesse vorgehen. Man beschließt demgemäß Uebertrag zur Tagesordnung.

Eine Petition des früheren Postsekretärs Otto Engelmann um Erhöhung seiner Pension wird dem Petitionsausschuß überwiefen.

Demnach tritt man in die Tagesordnung ein.

Punkt 1. Mittelverleumdung für Arbeiten auf dem Stadt-

gottesacker, wird verlagert.

2. Herr St. K. e. i. a. d. t. berichtet über folgende Vorlage: Der Magistrat hat am 25. Juli 1911 beschlossen, den Antrag des Ratselektrikers Herrn Kunze auf Erbauung einer Zentrale für die Beleuchtung der Stadtverordnetenversammlung, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung, unter der Bedingung zu halten, daß Herr Kunze während seiner Amtszeit das Anlagekapital mit 4 Proz. jährlich verzinst und mit 6 Proz. jährlich amortisiert. Gleichzeitig hat er Herrn Kunze unter Berücksichtigung der hohen Verzinsung und des Umfandes, daß wegen der Ferien der Stadtverordnetenversammlung eine Gemeindefeststellung seinerzeit nicht erlangt werden konnte, anheimgegeben, die Anlage zunächst auf seine Kosten durch das städtische Hochbauamt ausführen zu lassen. Hiernit hat sich Herr Kunze einverstanden erklärt. Die Anlage ist nach dem Kostenanschlag der Firma Schürferlein & Wolfram in Frankfurt a. M. zum Preise von 1100 M. unter Aufsicht des städtischen Hochbauamtes in dem Vorraum der Rüche erbaut und funktioniert gut. Die Kosten der Anlage (1100 M.) sind gemäß der Verpflichtung vom 27. Juli 1911 von Kunze verauslagt. Der Magistrat beantragt:

- a) die Zustimmung zur Erbauung der Anlagen nachträglich zu erteilen und
- b) sich damit einverstanden zu erklären, daß die Herstellungskosten von 1100 M. aus Kap. XX Nr. 11 dem Ratselektriker Herrn Kunze erstattet werden mit der Maßgabe, daß Herr Kunze das Kapital vom 1. Oktober 1911 ab auf die Dauer seines jetzigen Hochvertrages mit 4 Proz. jährlich verzinst und mit 6 Proz. jährlich amortisiert.

Der Antrag wird angenommen.

3. Wie Herr St. K. e. i. a. d. t. darlegt, ist nach den planmäßig festgelegten Grundlinien für die Dropphantstraße zwischen Haeberns- und Talamstraße eine Breite von 18,5 Meter vorgezogen. Hieron entfallen auf den westlichen Bürgersteig 5 Meter. Am Spindal auf den dort insbesondere während der Markttage herrschenden starken Fußgängerverkehr, der sich in Zukunft auch noch erheblich steigern wird, hält der Magistrat diese Breite für unzureichend. Wegen des ebenfalls überaus regen Abgangs- und Straßenaufmarsches auf dieser Straße kann aber eine Verbreiterung des Bürgersteiges durch Veränderung der Fahrbahn nicht vorgenommen werden. Es muß daher ein Streifen des zwischen Straße und Grenze der westlichen Grundstücke liegenden südlichen Terrains zum Bürgersteig gezogen werden. Ein hier vorliegender Antrag auf fällige Ueberlassung eines Teiles dieses Terrains zwecks Bebauung gibt Anlaß, auch im Interesse des Städtebildes jetzt eine entsprechende Änderung der Grundlinie herbeizuführen. Die Verarmung stimmt der Ueberlegung zu.

4. Um die Verrechnung der Freilegungskosten für die durch Gemeindefestlegung vom 1. März 1910 als Einheit festgelegte Strecke der Merseburgerstraße zwischen Raudschieder- und Hüttenstraße aufstellen und die anteiligen Beiträge von den Anliegern einziehen zu können, ist es erforderlich, daß das von dem Grundstück Merseburgerstraße Nr. 100 fluchtlinienmäßig zur Straße entfallende Land (ca. 353 Quadratmeter) noch freigelegt und an die Stadtgemeinde aufgeteilt wird. Der Eigentümer, Herr Restaurateur Wobler, hat hieron auf Grund eines mit ihm unterm 14. Oktober 1907 abgeschlossenen Vertrages ca. 156 Quadratmeter unentgeltlich der Stadtgemeinde zu überlassen gegen Anrechnung des Wertes des Landes auf die für das Grundstück zu zahlenden Straßenausbau- und Freilegungskosten. Die Restfläche von ca. 198 Quadratmeter Größe ist dem Genannten zu überschneiden. Ueber die Höhe des Kaufpreises konnte eine Einigung mit Wobler nicht erzielt werden. In Uebereinstimmung mit der Stadtkaupation erludt der Magistrat die Stadtverordnetenversammlung darüber, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Fläche von ca. 198 Quadratmeter Größe im Wege der Enteignung erworben wird.

Die Verarmung erteilt die Genehmigung. (Ref. Herr St. K. e. n. e. r.)

5. Bei Verpfändung des Baugeländes an der Königsstraße hat sich herausgestellt, daß die leitliche Ueberechnung der festgelegten Vorgärten die Bebauung der betreffenden Grundstücke ungunstig beeinflusst. Der Magistrat ersucht deshalb eine geringe Verkleinerung der beiderseitigen Vorgärten für empfehlenswert.

Die Vorlage wird angenommen. (Referent Herr St. K. e. n. e. r.)

6. Die Stadtverordnetenversammlung wird ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß das Gehalt der Direktorin der Frauenchule Krümlin Dr. G. o. f. e. folgende dem Gehalt von 3300 M. die festgesetzte Mindestentlohnung von 2300 M. Gehalt hat zu erhalten: am 1. Oktober 1923 auf 3300 M. auf 3600 M., am 1. Oktober 1926 auf 3600 M. auf 3900 M. und am 1. Oktober 1929 auf 3900 M. auf 4200 M.

Nach R. V. 33 der Allgemeinen Bestimmungen über die höheren Lehranstalten und die weiterführenden Bildungsanstalten für die weibliche Jugend sollen die Direktorinnen der Frauenchulen mindestens das Gehalt der Oberlehrerinnen an den Staatsanstalten erhalten. Die Oberlehrerinnen an den Staatsanstalten beziehen 2000 M. Anfangsgehalt, 800 M. Wohnungszuschuß und Dienstalterszulage mit je 400 M. nach 3, 6, 9, 12 Dienstjahren und mit je 300 M. nach 15 und 18 Dienstjahren, zusammen 2200 M. Alterszulagen. Nach obigen Ausführungen steigt das Gehalt einer Oberlehrerin, abgesehen von dem Wohnungszuschuß von 800 M., nach 3 Dienstjahren von 2000 M. auf 2400 M., nach 6 Dienstjahren von 2400 M. auf 2800 M., nach 9 Dienstjahren von 2800 M. auf 3200 M., nach 12 Dienstjahren von 3200 M. auf 3600 M., nach 15 Dienstjahren von 3600 M. auf 3900 M., nach 18 Dienstjahren von 3900 M. auf 4200 M. Die Direktorin der Frauenchule Krümlin Dr. G. o. f. e. hat nach neue Dienstjahre; sie bezieht jetzt, abgesehen von der Mietzuschuß der Direktorin von 1200 M., ein Gehalt von 3300 M. Wenn Krümlin Dr. G. o. f. e. die Oberlehrerinnen an den Staatsanstalten gleichgestellt werden soll, muß ihr Gehalt erhöht werden am 1. Oktober 1923 nach einer Dienstzeit von 12 Jahren von 3300 M. auf 3600 M., am 1. Oktober 1926 nach einer Dienstzeit von 15 Jahren von 3600 M. auf 3900 M., am 1. Oktober 1929 nach einer Dienstzeit von 18 Jahren von 3900 M. auf 4200 M. Die Vorlage wird angenommen. (Ref. Herr St. K. e. n. e. r.)

7. Wie Herr St. K. e. i. a. d. t. darlegt, hat der Magistrat beschlossen, a) zu der am 5. November d. J. nachmittags 3 Uhr nach Raumburg einberufenen Professorekonferenz gegen die

Versalzung der Unstrut, Saale und Elbe durch Kali-Endlaugen

die Herren Baurat Lambers, Prof. v. Origanoff und Professor Hoffmann zu entsenden; b) zur Dedung der durch die Professorekonferenz entstehenden Kosten einen Beitrag bis zur Höhe von 300 M. zu garantieren.

Der neue Generalsuperintendent der Provinz Sachsen.

In Stelle des zum Prospekt an St. Nicolai und St. Marien in Berlin ernannten Generalsuperintendenten Sandberg ist der ordentliche Professor der Theologie Konfirmandat D. G. Henrich in Breslau zum Generalsuperintendenten der Provinz Sachsen für den löblichen Sprengel ernannt worden.

Personalien.

Dem ordentlichen Prof. in der philosophischen Fakultät der hiesigen Universität Herrn Dr. Heinrich Waentgen, der zuletzt in Toflo weilte, ist der Rolle Altorienten vierter Klasse verliehen worden.
Herr Eisenbahnbetriebsleiter Franz Kühner und der Bahnmeyer erster Klasse A. D. Herr Wilhelm Behrendt haben den Rgl. Kronenorden vierter Klasse erhalten.

Die monatliche Zusammenkunft ehemaliger Gnadenerinnen findet Mittwoch, den 1. November, 3 1/2 Uhr, im Hotel Kronprinz (Evangelisches Vereinshaus) statt. Frühere Zöglinge anderer Brüdergemeinden sind willkommen.

Provinzialnachrichten.

Eine Realschule auf genossenschaftlicher Grundlage.

Waltershausen, 29. Okt. Gellern abend kam auf Einladung des Bürgermeisters Dr. Wetzel im „Hotel Kaiserhof“ eine von hiesigen Bürgern zur besagten Veranlassung statt zur Gründung einer Realschule auf genossenschaftlicher Grundlage. Der Stadtrat hat sich auf fortgesetztes Betreiben des Senators Ziem wiederholt mit dieser für die Stadt aber die Hebung der Bildung wichtigen Frage beschäftigt, aber die Hebung der Bildung, was die Errichtung einer hiesigen Realschule mit hiesiger und hiesiger Schülerzahl nicht verwirklichen lässt. Da nun der Bürgermeister auf die Idee, den Versuch auf genossenschaftlicher Grundlage zu wagen und es gelang ihm und den Senatoren Bendorff und Barth durch persönliche Fürsprache bei den interessierten Bewohnern der Stadt in wenigen Tagen 60 000 M. an Anteilnehmern zu je 100 M. (neben einer Haftungsumme von ebenfalls je 100 M.) einschließen einiger dafür in Aussicht gestellter Stiftungen, zusammenzubringen.

Es handelt sich bei dem Projekt um eine Realschule mit dem Zweck des Einjährigzweijährigen. Es ist beabsichtigt, zunächst drei Klassen einzurichten und später die von 4 bis 6 aufzuheben. Das Schulgeld soll 180 M. betragen und dabei auf Minderbemittelte Rücksicht genommen werden.

Christbaumhandel in Tübingen.

Tübingen, 27. Okt. Auf dem Tübingener Markte werden bereits Vorbereitungen zum Christbaumhandel getroffen. Es wird, nachdem die Verkäufer und Händler ihre Bestellungen gemacht haben, demnächst mit dem Fällen und Zerlegen der Bäume begonnen. Um zu verhindern, daß diese auf unrentable Weise erworben werden, ist für das Gebiet des Herzogtums Württemberg angeordnet worden, daß während der Monate November und Dezember jeder Händler und Verkäufer von Christbäumen mit einem Zeugnis desjenigen Gemeinde- bzw. Gemarungsvorstandes, aus dessen Bezirk die Christbäume entnommen sind, versehen sein muß. Durch das Zeugnis ist der rechtmäßige Erwerb, die Holzart, Größe, Zahl und Nummer der Christbäume nachzuweisen; das Zeugnis muß der Händler bei sich führen und vor Beginn des Verkaufs der Polizeibehörde des Verkaufsortes, auf Verlangen auch den sonstigen Polizei- und Forstbeamten vorzeigen. Jeder Christbaum muß am unteren Stammteil mit einer der fortlaufend zu führenden Nummern und einem Stempelabdruck des Gemeinde- oder Gemarungsvorstandes versehen sein. Uebertretungen dieser Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 80 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Salmersleben, 28. Okt. (2148 Hagen.) Bei der am Donnerstag abgehaltenen Treibjagd des Amtrates Dietrich wurden von ca. 40 Schützen 2148 Hagen und 3 Kaninchen zur Strecke gebracht.

Eilenburg, 27. Okt. (Die Verpachtung der städtischen Jagden,) die heute in einem im Stadtratsordnungsamt abgehaltenen Termin vorgenommen wurde zeitliche ein Höchstgebot für das Jagdrevier auf Leipziger Höhe von 1700 (früher 1100) Mark von Oberinspektor Adolf Lohmann in Eilenburg und für die Waldjagd in Battaua ein solches von 1225 (früher 1110) Mark, das Jagdrevier Meißner in Leipzig abgab.

Leipzig, 29. Okt. (Im Fieberwahn.) Die 38 Jahre alte Ehefrau Langmann, die am 1. August erkrankt war, fand plötzlich von ihrem Lager auf und ging in den Garten, wo sie am Ufer der dort befindlichen Mühle eine Waschlaine besetzte und sich damit in die Flut hinabsetzte. Man fand alsbald ihre Leiche.

Köhlz, 27. Okt. (Führungen.) Von der Firma Tiefbauverwaltung, vorm. Gebhardt u. König, sind am großen Ruhrberge Bohrtrüme errichtet. Es soll dort im Auftrage der Gemeindefürsorge auf Rasen gebaut werden.

Waldschmiedeberg, 27. Okt. (Historisches Margaretenfest.) Der Margaretenverein hat sich in seiner letzten Generalversammlung u. a. auch mit der Abhaltung des nächsten historischen Margaretenfestes beschäftigt, das für nächstes Jahr in Aussicht genommen ist. Das Fest hat früher immer alle zwei Jahre stattgefunden, in den letzten Jahren hat man jedoch mit Rücksicht auf das damit verknüpfte große Risiko eine längere Pause eintreten lassen.

Wittenberg, 30. Okt. (Kaschett.) Wie man jetzt festgestellt hat, ist die Brandstiftung in der Wohnung des Fräulein Julie Wagner auf einen Nachbarn seitens der Dienstmagd Gelder zurückzuführen. Die Genannte war am Tage wegen mangelhafter Leistungen im Haushalt von ihrer Herrin häufig geolten worden. Wie die G. selbst zugegeben hat, sie aus Rache das Feuer angelegt. Am Nachmittage des betreffenden Tages gegen 5 Uhr, in einem unbesetzten Augenblicke, als ihre Herrin nach dem Laden gerufen wurde, ging die Seidler zur Küche, nahm mehrere Schweißhölzer und entzündete das aus dem Kohlenluppen herausragende Ende des Heubundes. Nach vollendeter Tat begab sie sich in den Vorhof und ließ gelassen die Unten in den Stall. Als ihr hierbei eine ingewissen dem Feinde zurückstehende Magd des Hauses begegnete, teilte sie ihr in aller Feindschaft mit: „Sieh mal, bei uns brennt.“ Die Magd suchte aufzurufen, wurde aber von der Seidler nicht mehr möglich war, das Feuer zu löschen. Der Vorfahre ist durch diese ruchlose Tat ein Schaden von rund 12 000 Mark entstanden, der nur zum Teil durch Versicherung gedeckt ist.

zu beantragen hat. Der Magistrat bittet, zu genehmigen, daß dieser Betrag als einmalige Ausgabe in den Haushaltsplan des Reformrechnungsjahrs für 1912 eingestellt wird.
Die Vorlage findet Genehmigung. (Referent Herr Stadtorbener Herr G. J. a. u.)

11. Die bei der Gesamtstabsrechnung für das Rechnungsjahr 1910 eingetragenen Ueberschreitungen in Höhe von 14 221,82 M. werden bewilligt. (Ref. Herr St. K. a. b.)

12. Deswegen werden die bei der Wasserwerksrechnung für das Rechnungsjahr 1910 eingetragenen Ueberschreitungen in Höhe von 10 754 M. genehmigt. (Referent Herr St. K. a. b.)

13. Die Petition hiesiger Galmirervereine um Aufhebung oder Ermäßigung der Schankkonzessionssteuer wird abgelehnt. 24 Stimmen stimmen für Aufhebung, 19 dagegen. (Auf die Beschlüsse kommen wir im Nebenblatt zurück.) (Ref. Herr St. G. J. e.)

14. Die Stadtorbener-Versammlung wird ersucht, zu genehmigen, daß folgende Bestimmung in die Besoldungsordnung der Lehrerinnen an den hiesigen Mittelschulen aufgenommen wird.
Som 1. April 1912 ab wird bei der Festlegung des Ruhegehalts der Lehrerinnen an den Mittelschulen der Durchschnittssatz der Mietsentschädigung der Volksschullehrerinnen gemäß § 19 des Lehrer-Besoldungsgesetzes vom 26. Mai 1909 in Anrechnung gebracht, wenn nicht § 58 a. d. O. in Betracht zu kommen hat.
Wie Herr St. M. e. g. ersucht, ist die Ergänzung der Besoldungsordnung nötig, damit nicht bei Festlegung des Ruhegehalts der Lehrerinnen an den Mittelschulen ein geringerer Betrag der Mietsentschädigung angesetzt wird, als bei Festlegung des Ruhegehalts der Volksschullehrerinnen. Die Mietsentschädigung betrug bis zum Jahre 1910 für die Lehrerinnen an den Mittelschulen und an den Volksschulen jährlich 430 Mark. Durch das Gesetz zur Abänderung der Vorschriften über die Wohnungsgeldzuschüsse und Mietsentschädigungen vom 25. Juni 1910 ist der Betrag der Mietsentschädigung für die Lehrerinnen von 430 auf 390 M. herabgesetzt worden. Artikel IV a. a. D. bestimmt hierzu: „Beamten, für welche die Einführung der neuen Ortsklasseninteilung eine Berringerung ihres Bezuges an Wohnungsgeldzuschuß oder Mietsentschädigung mit sich bringen würde, wird bis zum Zeitpunkt einer etwaigen Verlegung der hiesigen Bezüge vorzuziehen, soweit nicht durch eine Ersetzung ihres Dienstverhältnisses an Gehalt, Zulagen, Wohnungsgeldzuschuß oder Mietsentschädigung ein Ausgleich eintritt.“

Bei den Mittelschulen sind 34 Lehrerinnen vorhanden; hierunter haben 7 das Höchstgehalt erreicht, weshalb ihnen die bisher bezogene Mietsentschädigung von 430 Mark nicht gezahlt werden darf. Den übrigen 27 Lehrerinnen an den Mittelschulen wird die Mietsentschädigung von 430 auf 390 M. herabgesetzt, wenn sie nach dem 1. Juli 1910 im Dienstverhältnis stehen. Die Bestimmungen betreffs Anrechnung der Mietsentschädigung bei Festlegung des Ruhegehalts in dem Gesetz vom 26. Mai 1909 lauten: § 19. Bei der Bemessung des Ruhegehalts wird der Durchschnittssatz der Mietsentschädigung jeder einzelnen Art von Lehrkräften für die Provinz ermittelt und für sämtliche Ortsklassen in Anrechnung gebracht.
Der Durchschnittssatz der Mietsentschädigung für die Lehrerinnen beträgt 392 M.

§ 58. Auf die am 1. April 1908 oder seit diesem Tage bis zur Verkündung dieses Gesetzes endgültig oder einstweilig angefallenen Beiträge findet die Vorschrift des § 19 nur dann Anwendung, wenn sie zu einem ihnen günstigeren Ergebnisse führt.“
Die vorstehenden für die Volksschulen erlassenen Bestimmungen dürfen nach der Entscheidung des Herrn Ministers nur dann auf die Mittelschulen angewandt werden, wenn in die Besoldungsordnung der am Eingang dieser Vorlage erwähnte Zulage aufgenommen wird. Wenn der Zulage nicht vorhanden ist, darf als Bestandteil des Ruhegehaltsberechtigten Dienstverhältnisses der Lehrerinnen an den Mittelschulen nicht der Durchschnittssatz der Mietsentschädigung (392 M.), sondern nur die tatsächlich gezahlte Mietsentschädigung (390 M.) angesetzt werden. Bei Annahme obigen Antrages würde in den Verteilungsplan für den Bedarf der Ruhegehaltsstufe 27 x 2 = 54 M. mehr einzufließen sein. Zur Ruhegehaltsstufe sind für je 100 M. Dienstverdienst 6,50 M. zu zahlen. Wenn durch die vorberedneten 54 Mark ein volles Hundert des Ruhegehaltsberechtigten Gesamtdienstverdiensts erreicht wird, erhöht sich der Betrag der Stadtgemeinde um jährlich 6,50 M.

Die Vorlage wird angenommen.
Punkt 15 betrifft ein.

Steuer-Kuriosum.

Herr St. B. g. e. berichtet darüber: Ein hiesiger Bürger hat der Stadtgemeinde Halle a. S. 20 000 M. zur Förderung eines Gemäde-Galerie-Gebäudes, gekündigt und sich auch zur Zahlung der 20 000 M. abgelehnt. Er hat 5 Proz. von 1000 M. = 1000 Mark, bereit erklärt. Die Bedeutung für das Gemeindefesthalten angenommen und landesberichtlich genehmigt worden. In der Zahlung des Steuerbetrages von 1000 M. erblickt die zuständige Steuerbehörde eine weitere Schenkung, um deren Betrag sich das Schenkungsobjekt erhöht. Damit nicht genug, soll auch der davon zu erhebende Steuerbetrag, wenn ihn der Schenker trägt, das Steuerobjekt erhöhen usw.
Es ergibt sich darnach folgende Berechnung:
Zuwendung: 20 000.— M., 5 Proz. Steuer = 1000.— M.
Steuer: 1000.— „ 5 „ „ = 50.— „
50.— „ 5 „ „ = 2,50 „
2,50 „ 5 „ „ = —,13 „
—,13 „ 5 „ „ = —,06 „

Der zu liquidierende Steuerbetrag ist auf 1052 M. festgelegt worden. Der Magistrat hält es nicht für angelegentlich, dem Schenker diese Steuerrechnung zu präsentieren und bittet daher um Zustimmung, daß

- a) die Stadt Halle a. S. die von dem Steuerbetrage von 1000 Mark zu entrichtende Steuer von 50 M. unter Abrechnung einer diesbezüglichen Spende in gleicher Höhe selbst trägt,
- b) der Steuerbetrag von 50 M. dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds entnommen wird.

Eine weitere Befreiung von Steuerbeträgen entfällt damit. Gegen den Steuerbescheid hat der Magistrat in Höhe von 2 Mark Beschwerde erhoben.

Die Veranlassung erklärt sich mit dem Vorgehen einverstanden.

18. Den Gaswerten gebühren noch die bisher unbeglichen gebliebenen Gasleistungskosten auf die Front der an der Westseite der V. Vereinsstraße errichteten Mittelschule. Diese sind in Höhe von 700,93 M. aus dem Fonds zu entnehmen, aus dem der übrige Teil der Schule bestritten worden ist. d. h. aus der Anteile von 1900.

Die Veranlassung stimmt zu. (Ref. Herr St. G. J. e.)
Die Punkte 17—20 betreffen die Regate am 500 M., 1200 M., 300 M. und 400 M., mit denen die Verpflichtung zur Befreiung von Gräbern verbunden ist. Die Regate werden angenommen. (Ref. Herr St. D. h. l.)

Der Herr Referent führt dazu aus, daß Halle daran ein hartes Interesse habe, daß die Saale nicht noch mehr verschmutzt werde. Herr Stadtrat Pfeffer habe festgestellt, daß unter Wasserreinigungsbetrieb in Beesen abhängig ist von der Beschaffenheit des Saalewassers. Von 5 Millionen Kubimeter Wasser unserer Wasserreinigungsanlage flammten, wie die Untersuchung ergab, 3 1/2 Millionen Kubimeter aus der Saale. Auch in wirtschaftlicher Beziehung hat Halle ein hartes Interesse, die Saale vor weiterer Verschmutzung zu schützen. Die Wiesen werden verhärtet und verschlammte, so daß dort nur schlechtes Futter wächst. Die Zuderfabriken, die Papierfabriken, die Fabrikerien usw. werden schwer geschädigt; die Fabriken, die Kesselanlagen haben, leiden aber Nachteile, indem das Chloromagnesium die Eisenteile zerstört. Der Fischbestand ist fast zurückgegangen und droht weiter zurückzugehen. Die Fischerei-Gefahr droht aber der öffentlichen Gesundheit: das Chloromagnesium ist die Ursache der Typhus, die Nitrite, die aus dem Wasser zu reinigen. Die Kosten der Klärstation betragen 2000 M.; Magdeburg zahlt 500 M., wir wollen 300 M. tragen.

Herr St. K. a. b. bittet, noch Herrn Maschinenfabrikdirektor Reineke zu delegieren.
Herr St. K. a. b. meint, im gegenwärtigen Stadium genüge die Entfendung der Herren vom Magistrat.
Herr Oberbürgermeister Dr. H. v. e. schlägt vor, noch Herrn Dr. Herzog zu entsenden.

Herr Dr. Herzog bittet, davon abzusehen; wohl aber empfehle es sich, den Direktor des städtischen Reinigungsmittelunternehmens, der stark in der Frage gearbeitet habe, zu delegieren.
Die Versammlung nimmt diesen Antrag an.

8. Wie Herr St. K. a. b. darlegt, hat der Magistrat beschloffen, die dem Direktor des Schlachthofes und Viehhofes von 1. April 1911 ab bewilligte Gehaltsbesoldung (von Stala: 5000 M. + 6 x 300 M. = 6800 M. auf Stala: 5000 M. + 2 x 400 M. + 4 x 300 M. auf 7000 M.) bereits vom 1. April 1910 eintreten zu lassen und ihm demgemäß den Unterschied zwischen dem Gehalt, welches er im Rechnungsjahre 1910 nach der alten Stala tatsächlich bezogen hat (= 6200 M.), und demjenigen, welches er für dieses Rechnungsjahr nach der neuen Stala zu beziehen gehabt hätte (= 6400 M.) um 200 M. nachträglich zu gewähren. Der Betrag ist den zu erwartenden Ueberschüssen des Schlachthofes für das Rechnungsjahr 1911 zu entnehmen.

Als Gründe werden angeführt: Der Magistrat hatte durch Beschluß vom 19. September 1909 vom 1. April 1910 ab für den Schlachthofdirektor, welcher damals nach der Gehaltsstala: 5000 M. + 6 x 300 M. = 6800 M. besoldet wurde, ein Jahresgehalt von 5400 M. + 4 x 400 M. = 7000 M. vorgeschlagen. Die Stadtorbener-Versammlung lehnte am 21. Februar 1910 eine Gehaltsbesoldung für den Schlachthofdirektor ab. Die dem Beschluß trat der Magistrat am 25. Febr. 1910 bei. Herr Schlachthofdirektor Reimers reichte hierauf am 31. März 1910 ein Gesuch um Aufbesserung der Gehaltsbesoldung ein, welches der Stadtorbener-Versammlung vorgelegt wurde. Letztere beschloß am 13. Juni 1910, das Gehalt des Schlachthofdirektors auf jährlich 5000 M., steigend zweimal um 400 M. und viermal um 300 M. bis auf 7000 M., festzusetzen. Diese Erhöhung sollte gleich mit beizugehen der Folgejahreserhöhung usw., welche durch denselben Beschluß ausgesprochen wurde, vom 1. April 1910 ab in Wirklichkeit eintreten. Der Magistrat beschloß jedoch auf Wunsch des Schlachthofes den Schlachthofkuratoriums am 17. Juni 1910 die Entscheidung über die Gehaltsbesoldung des Schlachthofdirektors auszusprechen.
Das Kuratorium des Schlachthofes beantragte dann am 12. August 1910 für den Schlachthofdirektor ein Gehalt von 5500 M. + 5 x 400 M. = 7500 M. Dem Beschluß des Magistrats, diese Gehaltsstala zu gewähren, lehnte die Stadtorbener-Versammlung nicht zu. Hierauf legte der Magistrat die Beschlußfassung über die Erhöhung des Gehalts für den Schlachthofdirektor aus, um zunächst das zuständige Kuratorium zu hören. Letzteres beantragte die Aufhebung des von ihm vorgeschlagenen Gehalts und überließ dem Magistrat die weiteren Schritte in dieser Angelegenheit. Letzterer erachtete das von der Stadtorbener-Versammlung festgesetzte Gehalt nach wie vor für unangemessen, glaubte aber, den Verhältnissen Rechnung tragen zu sollen, und beschloß, das von der Stadtorbener-Versammlung bewilligte Gehalt in den Etat für das Rechnungsjahr 1911 einzutragen. Infolge dessen ist dieses Gehalt erst bei Feststellung des Haushaltsplans für 1911 bewilligt worden. Für die voranliegende Zeit war ein Gemeindefesthalten nicht zustande gekommen. Unter den vorliegenden Verhältnissen sei es angemessen, Herrn Direktor Reimers das erhöhte Gehalt auch für das Rechnungsjahr 1910 nachträglich zu gewähren.

Die Stadtorbener-Versammlung stimmt zu.

9. Die Stadtorbener-Versammlung wird ersucht, zu beschließen, daß zur Deckung der Ueberschreitungen bei X E III 1, X F III 1, X G III 1 und X H II 6, 27 898 M. der Position XX 11, entnommen werden.
Der Herr Referent Herr St. K. a. b. berichtet darüber: Indem der Magistrat auf die vorgelegten Ausführungen der königlichen Regierung vom 28. September 1910 wegen der außerordentlichen Erhöhung des Beitrages zur Ruhegehaltsstufen in Rechnungsjahr 1911 verzichtet, bemerkt er, daß von der königlichen Regierung in den Jahren 1909 und 1910 zu niedrige Beiträge erhoben worden sind, so daß jetzt ein bedeutender Fehlbetrag vorliegt. Im Jahre 1909 waren die Mittelschulen der Ruhegehaltsstufe angegeschlossen und als Beitrag für die Mittel- und Volksschulen 76 144 Mark in den Haushaltsplan eingestellt worden. Erhoben wurden 44 225,50 M., so daß sich für die Stadtgemeinde eine Minderausgabe von 31 718,50 M. ergab. Für 1910 hatte der Magistrat 95 792,50 M. als Beitrag der Stadt zur Ruhegehaltsstufe vorgeschlagen; es wurden aber nur 55 216,50 M. eingebracht. Es sind demnach in diesen beiden Jahren gegen den Vorausschlag 31 718,50 + 37 576 = 69 294,50 M. weniger bezahlt worden. Wegen dieser wiederholten Minderausgabe hat der Magistrat für 1911 nur 88 633 M. eingestellt, und jetzt fordert die Ruhegehaltsstufe, um die Fehlbeträge aus den Jahren 1909 und 1910 zu begleichen, 90 081 Mark.

Der Antrag wird angenommen.

10. Die Stadtorbener-Versammlung wird um Zustimmung ersucht, daß der Oberlehrer Dr. W. o. s. m. a. n. an Reformrechnungsjahr für das Sommerhalbjahr 1912 zu einer Studienreise nach England beurlaubt wird und die Stadt die Kosten seiner Vertretung übernimmt. Herr Oberlehrer Dr. W. o. s. m. a. n. wird die Vertretung aufträgt, daß er die Kosten seiner Vertretung der Stadt erlegt, wenn er innerhalb der nächsten fünf Jahre nach Beendigung des Urlaubs seiner Schuld nicht übernimmt. Herr Oberlehrer Dr. W. o. s. m. a. n. war an gleichartigen Bedingungen für das Sommerhalbjahr 1909 zu einer Studienreise nach England beurlaubt. Er hat aber damals auf den Urlaub verzichtet, da er Offizier 1909 vom Stadtgenossenschaft an das Reformrechnungsjahr übertrat, denn hier beginnt der englische Unterricht erst 1913.

Zur Vertretung des Herrn Oberlehrers Dr. W. o. s. m. a. n. muß ein Hilfslehrer angestellt werden, der für das halbe Jahr 1050 M.

Gerichtsverhandlungen.

Strafkammer.

Salle a. S., 28. Oktober.

Leibhaftiger Vertrauensbruch.

Der 20jährige Handlungsgehilfe Hugo Frände von hier machte sich in 2 Fällen der tätlichen Beleidigung eines 14jährigen Mädchens und in einem Falle der Vernehmung unsüchtiger Bandluden an einem 12jährigen Mädchen schuldig. Er erkannte sich bei den Eltern der Mädchen einer Vertrauensstellung. Der frivole Vertrauensbruch trug dem bisher Unbestrahten die empfindliche Strafe von neun Monaten Gefängnis ein.

Der gefasste Chemann.

Der 38jährige Arbeiter Richard Berndt aus Gräfenhainichen war wegen wissenschaftlicher Anfechtung des vorigen Bohrmesters Hermann Wagner angefaßt. Er hatte in der Zeit vom Juni bis August teils an den Amtsvorleber, teils an die Staatsanwaltschaft wiederholt Anzeigen erlassen des Inhalts, der Bohrmester habe in seinen ehebrüchlichen und häuslichen Frieden, habe ihm auch schon mehrmals auf der Straße aufgelaufen und ihn geschlagen oder bedroht. Der Bohrmester mochte eine Festung bei Berndt und soll mit dessen Frau ein Verhältnis angeknüpft haben. Die Frau verweigerte vor der Strafkammer ihr Zeugnis. Die Vernehmung des Bohrmesters erfolgte unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Das Ergebnis der Verhandlung war, daß Berndt kostenlos freigesprochen wurde. Er habe keine wissenschaftlichen Anfechtungen gegen den Bohrmester vorgetragen, sondern sei lediglich im Rechte gewesen. Dem Bohrmester wurde vom Vorsitzenden die energische Verwarnung mit auf den Weg gegeben, Berndt nun ja künftig in Ruhe zu lassen.

Jugendliche Sünder.

Der 18jährige Badergelle August Bohrmann von hier verurteilte sich am 27. September an einem Schulmädchen in unzüchtiger Weise. Er ist bereits wegen Stillschleppersgehens bedingt zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt worden. Da der junge Mensch sich schon zum zweiten Male so frivol verhält, hat die Strafkammer eine strenge Strafe in Höhe von einem Jahre Gefängnis für angefaßt. Auch muß Bohrmann nun noch die erste Strafe, für die ihm Strafaufsicht bewilligt war, verbüßen.

Kunst und Wissenschaft.

Die neue Freiburger Universität

wurde in Gegenwart des Großherzogs feierlich eingeweiht. Der Großherzog machte eine Großherzog-Friedrich-Einzug, aus der fürstlich laudal Markt für wissenschaftliche Zwecke veranlaßt werden können. Die Universität ernannte Ministerialdirektor Calpar, Professor der Geschichte Eduard Wagner, Professor der Philosophie Simmel, sämtlich in Berlin, und den Senatspräsidenten Stofmann zu Ehrendozenten.

Ein Heilmittel gegen die Tuberkulose.

Die holländische medizinische Presse berichtet über Experimente mit einem neuen Heilmittel gegen Tuberkulose, das der Apotheker Wät Bangrahtfort erlunden hat, und das glänzend wirken soll.

Der Erfinder, der sein Mittel „Granulin“ nennt, weil es in hohem Maße die Eigenschaft besitzt, neues Granulationsgewebe zu bilden, hält die Zusammenfügung vorläufig noch geheim. Er erklärt, daß es nach seinen Erfahrungen die Tuberkulose im Frühstadium immer heilt und auch öfters noch die Kranken im zweiten Stadium zu heilen imstande ist. Er hat die Zusammenfügung dem Sanatoriumsarzt Dr. Schut in Nunspeet mitgeteilt, der jetzt über keine Verluste bei Schwindsüchtigen günstig berichtet. Dr. Schut erklärt, die Wirkung sei in einigen Fällen so auffallend gewesen, daß man den Eindruck bekommen, es handle sich um ein Spezifikum gegen Tuberkulose. Es sei sehr erwünscht, die Experimente fortzusetzen.

Senor Autoritäten ihr Urteil über das neue Mittel abgeleitet haben, läßt sich natürlich noch nichts sagen.

Theater und Musik.

Denkmal Friedrich Schaefer.

Am 1. November wird das Denkmal Friedrich Schaefer auf dem Kirchhof der Gerulalems- und Neuen Kirche in Berlin enthüllt.

Die Gedächtnisworte wird Geheimrat Max Grube aus Meiningen sprechen. Das monumentale gebaltene Denkmal, in Entwurf und Ausführung aus dem Atelier der Firma W. Sippersberg hervorgegangen, aus allseitig poliertem teils schwebigen Granit hergestell, zeigt, in Augenhöhe in weißem Carrara-Marmor gemeißelt, das von A. Dietrich nach dem Leben modellierte Reliefporträt Friedrich Schaefer und links das von Professor Rich. Anders nach Photographien ausgeführte Bildnis seiner Gattin.

Jum 100. Geburtstag Verdis und Wagner.

Umfassende Vorbereitungen werden in der Scala zu Mailand bereits jetzt für die Saison 1913 getroffen, in deren Mittelpunkt die beiden Festvorstellungen zum 100. Geburtstag Verdis und Wagner stehen werden. Zur Erinnerung Verdis wird eine Aufführung seiner genialen komischen Oper „Falstaff“ geplant, die dieses herrliche Werk des Meisters in vollendetester Darstellung zeigen soll. Zur Wagnerfeier ist eine sehr sorgfältige Inszenierung des „Parsifal“ in Aussicht genommen.

Bühnenchronik.

„Die neue Generation“, Komödie in drei Akten von Bernhard Reich, die in der vorigen Woche hier am Neuen Theater erfolgreich zur Aufführung kam, wurde von der Reichsbühne in Wien und dem Lustspielhaus in München angenommen. Von dem gleichen Autor kommt die Komödie „So sind die Menschen“ in Laufe dieser Saison am Reinen Theater in Berlin zur Aufführung.

Das 100. Drama „Der lebende Leichnam“, Bearbeitung von Krappa und Silber, fand bei seiner Aufführung im Deutschen Theater zu Hannover bei vorzüglicher Darstellung nur fähige Aufnahme. Die Bearbeitung bedeutet Bühnenschnitz eine Verbesserung des Originals, vermag trotzdem die Schwächen der epischen Handlung jedoch nicht auszumergen. Theodor Brandt vom Wiener Burgtheater, der frühere Darsteller des Berliner Hoftheaters, wurde vom Herbst 1912 ab als Dramaturg und Regisseur des Schauspielers an Stelle des

nach Wiesbaden berufenen Paul Einemann für das Weimarer Hoftheater verpflichtet.
Die Schauspielerin Leni Polz-Regmann ist Sonntag nachmittag an den Folgen einer Operation im 44. Lebensjahr gestorben. Sie war eine treffliche Vertreterin des Jachs der fönlichen Akten; früher in Wien tätig, war sie seit 1908 in Berlin und längere Zeit am Lustspielhaus engagiert.

Vermischtes.

Joseph Pulitzer †

In New York ist am Sonntag der Besitzer der New York World, Joseph Pulitzer, einer der reichsten Leute der Welt, gestorben. Pulitzer, ein geborener Oesterreicher, war in jungen Jahren nach den Vereinigten Staaten ausgewandert und begann dort in einer geringlich untergeordneten Position an Carl Schurz' Zeitung „Westliche Post“ seine glänzende Karriere. Er wurde Chefredakteur und Mitbesitzer der Zeitung und begründete später eine demokratische Zeitung in St. Louis, bis er 1882 die niedergeborene New York World übernahm und zu einem der maßgebenden Organe der neuen Welt machte. Im Jahre 1888 wurde er in den Kongreß gewählt, mußte sich aber bald vom politischen Leben zurückziehen, da er völlig erblindete.

Vor zwei Jahren überredete Pulitzer nach Berlin und bewohnte hier ein Haus in den Zelten, von wo aus man täglich den damals ohnehin Herrn in Begleitung eines seiner Sekretäre und seines Privatsekretärs hoch zu Ross in den Tiergarten traben sehen konnte. Pulitzer hatte die deutsche Reichspostpflicht als Aufenthalt gewählt, um seinen Zielsetzungen, der Pflege guter Musik und des ersten Dramas, nachgehen zu können. Wenige Wochen nach seiner Ankunft verstarb in Wien sein Bruder und früherer Kompagnon, Albert Pulitzer, in einem Hotel Selbstmord. Diese Schredenstunde hat ihm den Aufenthalt in der alten Welt verleidet und er kehrte wieder nach New York zurück, wo ihn nunmehr der Tod ereilte.

Auszeichnung. Auf der Kunstausstellung des Internationalen Verbandes der Köche in Frankfurt a. M. wurden die Hofräte der Firma Tint u. Bafli zu Frankfurt a. M. (Fisch- und Fleischwaren in Tadeln, Wapenmaße, Senfs, Saucen usw.) mit der höchsten Auszeichnung, der Großen Medaille und Ehrenpreis, prämiert. Es ist dies ein neuer Erfolg der renommierten Firma, deren Ergebnisse erst unlängst auf der landwirtschaftlichen Ausstellung in Kassel sechs erste und zweite Preise, sowie sechs Anerkennungen erhalten haben, nachdem die Ausstellungsobjekte zuvor eine Reise nach Australien und zurück gemacht hatten.

Ingenieur-Güter aus Sena bietet die Presse, mitzutellen, daß er die Rottgastournee nicht unternimmt, um daraus einen Geldgewinn für sich zu erzielen, sondern lediglich zu dem Zweck, um auf diese Weise sich den Weg zu begeben gegen diejenigen, die seinerzeit das Lösegeld für ihn durch Sammlungen aufgebracht haben und ihn dadurch aus seiner Gefangenschaft befreiten. Er hofft durch Rückgabe eines Teiles des Geldes gegen die edlen Geister seine Dankbarkeit bezeugen zu können.

Millionenbetrag an der sibirischen Bahn. Wie man aus Petersburg telegraphisch, bester Senator Medems, der die Rassen der sibirischen Bahn revidierte, in den Stationen Omsk, Tscheljabinsk und Krasnojarsk Beträgereien auf, die sich auf mehrere Millionen belaufen.

Zwei Mörder verhaftet. In Schmerin a. M. wurden bei den Arbeiten im Waldbrunngebiet zwei Arbeiter verhaftet, die in Kolumbea (Magajzen), zwei Bauern ermordet und beraubt hatten.

Ein gewaltiger Moorbrand. Bei Zwickau wüthet seit drei Tagen ein gewaltiger Moorbrand, der über 100 Morgen Kiefernland vernichtet und auch die 400 Morgen große Weidung der deutschen Weidewirtschaftsgesellschaft zerstört hat.

Unfall bei der Jagd. Im Kreise Berent gingen die befreundeten Besitzer Jafubel und Knopitz zur Jagd, einer hinter dem anderen. Während Knopitz die Gewehr Jafubels, die ganze Schrotladung ging Knopitz in den Rücken und tödete ihn sofort.

Luftschiffahrt.

Senflug Mailand-Turin.

Mailand, 30. Oktober.
Zum Veropferungsmailand-Turin starteten heute auf Helicot-Eindeckern die Flieger Brill, Verona, Maffei, Manfrotto und Gianfille. Bignone mußte nach kurzem Flug wieder landen. Fast windstilles Wetter begünstigte den Flug. In Turin traf auf dem Rennplatz Miratorio als Erster Verona ein, der die 150 Kilometer lange Strecke in 1 Stunde 46 Min. 19 Sec. zurücklegte, Manfrotto gebrauchte 1:46:40, Maffei 1:50:00. Brill mußte bei Marzora landen, wobei sein Apparat schwer beschädigt und er selbst leicht verletzt wurde.

Verona bandigte dem Vordirektor ein Paket mit Postkarten ein und überbrachte dem Bürgermeister eine Postkarte des Mailänder Bürgermeisters. Abends fand zu Ehren der Aviatiker ein großes Bankett statt.

Der neue Leipziger Flugtag am 31. Oktober (Reformationsfest) verspricht, bei günstiger Witterung, einen guten Verlauf zu nehmen; haben sich aber bereits genannt gewesener Flieger bereit erklärt, zu diesem Tage wieder nach Leipzig zu kommen. Zur Entdeckung gelangt in erster Reihe der noch nicht angezeigte Hängepreis, für den drei Preise von 600, 350 und 250 Mark ausgesetzt sind. Weiter steht ein Dauerpreis auf dem Programm, für den wertvolle Ehrenpreise ausgesetzt sind, und ein Frühpreis von 150 Mark. An Stelle der aus dem Preisgericht ausgeschiedenen Herren Htm. Gärtel und Oberst. Formmüller sind die Herren Verlagsbuchhändler Eiegfried Weber und Major v. Schwabe eingetret.

Vom Gordon-Bennett-Fliegen der Freiböllons. Die Stuttgarter Gemeindefollegen haben einstimmig beschlossen, für den Fall, daß das Gordon-Bennett-Fliegen der Freiböllons im Oktober 1912 in Stuttgart abgehalten wird, das Unternehmen der Deckung der Kosten zu unterstützen.

Geschäftsverkehr.

(Nur die Veröffentlichung dieser Weberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung)
Die Orientaleische Tabak- und Zigarettenfabrik Heindes, Inhaber Hugo Hez, erhielt von dem Preisgericht der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1911 den königlich sächsischen Staatspreis (höchste Auszeichnung).

Letzte Nachrichten.

Vor der Unterzeichnung des Marokkoabkommens.

H.T.B. Paris, 30. Okt. (Privattelegramm.) Das Ministerium des Aeußern hat heute um 1 Uhr folgende Note ausgegeben:

„Die Herren Cambon und v. Kiberlen-Wächter haben bei ihren letzten Zusammenkünften am Sonabend und Sonntag alle Punkte des französisch-deutschen Einvernehmens definitiv festgestellt. Es bleibt nur noch übrig, den Text dieses Einvernehmens endgültig zu redigieren. Man glaubt, daß die Unterzeichnung des Einvernehmens morgen abend, spätestens übermorgen erfolgen wird.“

Der Tripoliskrieg.

Dffiziersmord. — Die Aktion der Mächte.

h. Mailand, 30. Okt. Die oberitalienischen Blätter bringen folgende aufsehenerregende Meldung aus Bologna: Heute morgen waren im Hofe der vorigen Kaiserin 300 Mann des 53. Infanterieregiments verpackt. Der Oberführte gerade eine patriotische Ansprache an die Mannschaften, als plötzlich ein Schuß krachte und der Oberst Stroppa tödlich getroffen zu Boden stürzte. Einer der Soldaten, der nach Tripolis gehen sollte, namens Augustus Maffetti, hat die Tat verübt. Der betreffende Soldat ist Wnatschik und wollte damit gegen den Krieg protestieren. Als man ihn festnahm, erklärte er ruhig: „Ich habe die in Tripolis gefallenen Kameraden gerächt.“

Konstantinopel, 30. Okt. Nach Depeschen, die der Postort vorliegen, haben sich die Mächte entschlossen, behufs Lokalisierung des Krieges beiden kriegführenden Parteien Neutralität des ägäischen, adriatischen und Roten Meeres vorzuschlagen.

W. Konstantinopel, 30. Okt. Hier ist das Gerücht verbreitet, daß die Botschafter Oesterreichs und Deutschlands am Donnerstag der Postorte einen neuen Vorschlag Italiens überreichen, der bedeutend mäßiger gehalten ist, als das Ultimatum. Die Postorte hat aber auch diesen Vorschlag abgewiesen.

Wien, 30. Okt. Der „Wiener Allgem. Ztg.“ wird aus Paris berichtet: Die italienische Regierung hat sich im Laufe der vorigen Woche überzeugen können, daß hier und in London an maßgebender Stelle keine Einigkeit besteht, eine Annexion von Tripolis und Cyrenaitis im gegenwärtigen Augenblick anzuerkennen. Die vorläufige Sondierung, welche die italienische Regierung in dieser Beziehung vornahm, brachte sie zu der Erkenntnis, daß die Westmächte die gegenwärtige militärische Situation nicht für derartig halten, daß Italien die Annexion proklamieren könne.

Neue Eisenbahnerbewegung in England.

h. London, 30. Okt. Gestern fanden in zahlreichen Städten Verammlungen der Eisenbahnarbeiter statt, die sämtlich Resolutionen saften, in denen der kürzlich erstattete Bericht der Eisenbahnmittelsion zurückgewiesen wurde, weil er die Arbeitergewerkschaften nicht vollständig anerkenne. In einigen Verammlungen wurde dem Verlangen Ausdruck gegeben, die Exekutive der Gewerkschaften solle unverzüglich die allgemeine Forderung nach Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeiten einreichen und, falls diese Forderungen nicht gewährt würden, den Generalausstand erklären.

Witterungs-Ausichten.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Dienststelle L i m e n a u. Montag, 30. Okt., 8 Uhr morgens.

Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa.

Das gestern im Nordwesten von England erschienene Tief befindet sich mit seinem Kern heute nördlich von England. Das atlantische Hoch hat sich mit seinem, gestern bis Schweden reichenden Ausläufer ostwärts bewegt. Bei weiterer Annäherung des Tiefs wurde für heute schon Umschlag des vorübergehenden heiteren und trockenen Wetters und feuchteres erwartet.

Witterungsansicht für den 31. Oktober:
Stärkerer Wind aus westlicher Richtung, vorwiegend bewölkt, Regenfälle, zunächst noch wärmer.

Wetterwarte zu Hamburg.

(Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes.)

(Nachdruck verboten.)

- 1. November: Nebel, bewölkt, nachts, feuchthal.
- 2. November: Nebel, feuchthal, trübe mit Regen.
- 3. November: Bewölkt, ziemlich mild, bebodt, meist trocken.
- 4. November: Bewölkt, mild, teils heiter.

Wetterwarte zu Hamburg.

Wetterwarte zu Hamburg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg.
Für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Weitzer; Heftleitung, Vermischtes usw.: Martin Feuchtanger; für den Inseratenteil: Albert Barth-Trud und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten —
einblättrig Unterhaltungsblatt.

Alte Promenade 3, gegenüber dem Stadttheater. Aktienkapital: 160 Millionen Mark. - Reserven: 32 Millionen Mark. Ausführung sämtlicher bankgeschäftlicher Transaktionen.

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.“)

Die feste Tendenz der New Yorker Sonnabendbörsen und die... (Text continues with market analysis, mentioning iron and coal industries, and the Berlin stock exchange situation.)

Mark genehmigte, wies Geheimrat Kirdorf nach, dass seit 1907 für Neubauten und Betriebserweiterungen 70 Mill. Mk. aus Abschreibungen und Rückstellungen gedeckt worden seien.

Rheinische Stahlwerke Akt.-Ges. in Duisburg-Meiderich. In der Generalversammlung wurden die Dividende auf 8 Proz. festgesetzt.

Schwelensubmission. Am 2. November findet in Berlin bei dem Königl. Eisenbahnenamt eine Schwelensubmissionstermin statt, in welchem es sich um die Lieferung von etwa 200 000 Stück Kiefernholz handelt.

Phönix Bergwerk Akt.-Ges. In der Generalversammlung wurde die Verwaltung mit, dass die Gesellschaft im ersten Quartal einen Überschuss von 1,3 Mill. Mk. erzielt habe.

Eisenhüttenwerk Marienhütte bei Kottbus. Das Ergebnis des ersten Halbjahres weist, wie die Verwaltung mittelt, gegen das Vorjahr einen höheren Reingewinn aus.

Stassfurter Chemische Fabrik vorm. Forster & Grunberg Akt.-Ges. in Stassfurt. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 9 Proz. fest.

Bamberger Mälzerei Akt.-Ges. Die Gesellschaft erzielte laut Rechenschaftsbericht einen Reingewinn von 69 304 (72 341) Mk.

Die Baumwollspinnerei und Weberei Lampertsmühle in Frankfurt a. M. schliesst das Geschäftsjahr mit rund 270 000 Mk. Verlust gegen 446 278 Mk. Verlust im Vorjahr ab.

Der von der Lederfabrik Emil Gebhardt in Pörsneck gemachte Vergleichsvorschlag ist auf Basis von 60 Proz. geboten.

Der Kalk- und Zementmarkt.

Berlin, den 30. Oktober.

Table with 4 columns: Name, Kalk, Zement, and other metrics. Includes entries like Adolfsbuck-Aktien, Johannshaus, Justus-Aktien, etc.

Waren und Produkte.

Wochenbericht von Jonas Hoffmann.

Neuss, 27. Oktober.

Getreide aller Art hatte in der vorigen Woche einen äusserst ruhigen Verkehr. Trotzdem wurden Landweizen und Roggen wieder teurer bezahlt, da für die sehr geringen Zufuhren gute Nachfrage bestand.

160,00-165,00, schwere 169 174 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländische und ausländische Futterwaare...

Table with 3 columns: Name, Vorm. nachm., Abends. Includes entries like Hamburg, 30. Okt., Mecklenburger, etc.

Havre, 30. Okt. Kaffee good average Santos per Dez. 86, per März 81, per Mai 81, per Sept. 81, Behalt. 86.

Kartoffelmehl und Stärke. Magdeburg, 30. Okt. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 2675 2625.

Fettwaren und Öle. Originalbericht von Gebr. Gause. 28. Oktober 1911. Butter: Das Geschäft war zween Ende der Woche sehr ruhig.

Amerikanische Warenmärkte. Kabelleitung von Azoren-Emden. New York, 30. Okt. 28.10. Chicago, 30.10. 28.10.

Table with 3 columns: Name, Okt., Fall/Woche. Includes entries like Weizen p. Dez., Mais prompt, etc.

Wasserstände. (+ bedeutet über, - unter Null.) Artern, Brückkopfbahn, 28. Okt. 4.22, 30. Okt. +0.22.

Table with 3 columns: Name, Okt., Fall/Woche. Includes entries like Jungbunzl., Laun., Budweis., etc.

Leinwand. Leinwand, 30. Okt. 4.22, 30. Okt. +0.22. Artern, Brückkopfbahn, 28. Okt. 4.22, 30. Okt. +0.22.

Table with 3 columns: Name, Okt., Fall/Woche. Includes entries like Jungbunzl., Laun., Budweis., etc.

Zum Kurszettel. Berlin, 30. Okt. 4% Rüdiche Staatsanleihe (80/00) und 100,500. 4% Bayerische Staatsanleihe 100/00.

Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft in Berlin. Laut Geschäftsbericht wurden im verflossenen Jahre das Felten & Guillot Carlsberg Akt.-Ges. und die A.-G. Lehmeyerwerke Akt.-Ges. angegliedert.

Berliner Produktmarkt. 30. Okt. Am Frühmarkt sortierten Weizen inländ. 300,00, 300,00 ab Bahn und frei Mühlh. Hafer, Roggen inländ. 181,00, 182,00 ab Bahn und frei Mühlh. Hafer, märkischer, mecklenburger, pommer. preussischer, pommerscher und schlesischer...

